

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 110 (2016)
Heft: 11

Artikel: Ungehorsam im Namen des Rechtsstaats : wie die Asylbewegung der 1980er-Jahre zur Renaissance des Kirchenasyls beitrug
Autor: Pärli, Jonathan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632349>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Vertreter Justitias steht vor der Kirche; er trägt Uniform und ein Gesetzbuch unter dem Arm. Auf dem Regenschirm, den er mit dem anderen Arm schützend über sich und die Kirche hält, prangt ein Schweizer Kreuz.

So weit, so friedlich – der Kirche aber scheint die Präsenz der staatlichen Autorität nicht zu passen: Sie versetzt der Paraphensammlung einen Stiefeltritt und schwingt einen Boxhandschuh gegen den Amtsträger. Dieses Bild zeichnete zumindest die antikommunistisch-rechtsfreisinnige «*Aktion Freiheit und Verantwortung*», die Mitte der 1980er-Jahre gegen Kirchenasylaktionen und die asylpolitische Opposition polemisierte. «Kirchen-Logik: Schutz Ja – Recht Nein» untertitelte sie die Karikatur, mit der sie ihr fast ganzseitiges Inserat in der *Neuen Zürcher Zeitung* zierte.

Auch heute erregt Kirchenasyl die Gemüter. Sans-Papiers oder abgewiesene Flüchtlinge in kirchlichen Räumen respektive in der Mitte der christlichen Gemeinde zu beherbergen, provoziert meist eine verdrehte Gretchenfrage: Sagt, wie haltet ihr es mit dem weltlichen Recht und dem demokratischen Rechtsstaat?, werden die Verantwortlichen gefragt. In Goethes Faust ist Gretchens Frage «Sag, wie hast du es mit der Religion?» suggestiv – und das ist sie auch in Bezug auf das Kirchenasyl. In der Frage allein äussert sich ein Verdacht, wenn nicht eine Anklage: Kirchenasyl wird zwar selten als unchristlich, wohl aber als Ausdruck einer undemokratischen oder rechtszersetzenden Gesinnung kritisiert. Die Rede ist von «rechtsfreien Räumen», der «Infragestellung des Rechtsstaats» oder der unbotmässigen «Politisierung» respektive «Instrumentalisierung» der Kirche und des Glaubens.

Diese Kritik ist, wie die eingangs erwähnte Karikatur zeigt, nicht neu: Sie begleitet das Kirchenasyl seit dessen Renaissance in den frühen 1980er-Jahren. Zu dieser Zeit wurde die an sich uralte, in ihrer herkömmlichen Form aller-

Ungehorsam im Namen des Rechtsstaats

Wie die Asylbewegung der 1980er-Jahre zur Renaissance des Kirchenasyls beitrug

Die Praxis des Kirchenasyls erregt auch heute die Gemüter. Stellt sie die Rechtsstaatlichkeit in Frage? Oder trägt sie zu einer lebendigen Demokratie bei, die Geflüchtete genauso vor obrigkeitlicher Willkür schützen will wie ihre BürgerInnen? Diese Frage ist nicht neu.

dings nicht mehr gängigen Praxis neu entdeckt: Entgegen früheren Epochen ging es nicht mehr darum, willkürliche oder grausame Straf- oder Selbstjustiz zu verhindern. Statt um tatsächliche oder vermeintliche Verbrecherinnen und Verbrecher drehte sich Kirchenasyl ab den 1980er-Jahren um Menschen ohne gültige Aufenthaltstitel, denen die Ausschaffung in Diktaturen oder Bürgerkriegsländer drohte.

Die Asylpolitik verschärft sich

Der Übergang von den 1970er- in die 1980er-Jahre war eine Zeit des asylpolitischen Umbruchs. Zu Ende kam eine Phase, in der die schweizerische Flüchtlingspolitik vom Bemühen getragen war, sich angesichts der tödlichen Grenzschiessungspolitik während des Zweiten Weltkriegs zu rehabilitieren. Flüchtlinge aus Ostblockstaaten wurden zu Tausenden ohne lange Verfahren aufgenommen, auch weil damit der Kommunismus moralisch auf die Anklagebank gesetzt werden konnte. Ab 1973 waren die Arbeiten am ersten eigentlichen Asylgesetz in Gang, das 1979 im Parlament beinahe einstimmig verabschiedet und 1981 in Kraft gesetzt wurde. Zunächst sprach der damalige CVP-Justizminister Kurt Furgler davon, das neue Gesetz erlaube dem Bundesrat, «eine grosszügige Asylpolitik fortzusetzen».

In der Folge kam es jedoch anders, nicht zuletzt weil weltweit insgesamt mehr Menschen Zuflucht in Westeuropa und den USA zu suchen begannen. Neu war zudem, dass die Flüchtenden nicht mehr hauptsächlich aus der sozialistischen «Zweiten Welt», sondern aus der «Dritten Welt» kamen. Schnell war der pauschale Verdacht zur Hand: Wer aus armen Ländern fliehe, sei eigentlich ökonomisch motiviert und missbrauche das liberale Schweizer Asylrecht. Entsprechend prägten rassistische Anfeindungen gegenüber Asyl Suchenden, ständige Gesetzesrevisionen sowie eine härtere Entscheidpraxis seitens der Asyl-

und Ausländerbehörden die Asylpolitik in den 1980er-Jahren.

In Reaktion auf diese Entwicklung entstand eine schweizweit soziale Bewegung zum Thema Flucht und Asyl. Die Asylbewegung bildete die soziale und ideelle Infrastruktur für die Wiederentdeckung des Kirchenasyls als Form des asylpolitischen Widerstands und Protests. Das Archiv der Asylbewegung zeigt, dass die Berufung auf Rechtsstaatlichkeit kein Privileg der Kritikerinnen und Kritiker des Kirchenasyls war. Im Gegenteil argumentierten die Asylbewegten, dass Kirchenasyl oder andere Widerstandsformen gegen die herrschende Asylpolitik und -praxis gewaltfreier ziviler Ungehorsam für den Rechtsstaat seien. Kirchenasyl war also ein Akt, die fest in behördlicher Hand verankerte, intransparente Asylpraxis öffentlich sichtbar zu machen und auf ihre Legalität und Legitimität hin zu befragen. So gesehen war Kirchenasyl alles andere als ein, vielleicht gut gemeinter, letztlich aber fundamentalistischer Angriff auf die Rechtsordnung, wie nicht nur die eingangs erwähnte *Aktion Freiheit und Verantwortung* argumentierte (und wie auch heute zum Teil wieder argumentiert wird). In dieser Auseinandersetzung gerieten die Kirchen zu einer wichtigen asylpolitischen Bühne und Institution.

Umstrittenes Widerstandsrecht

Aufschlussreich für die asylbewegte Sichtweise und die umkämpfte Rolle der Kirchen in der Asylpolitik ist die 1988 vom *Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund* (SEK) publizierte Denkschrift «Widerstand? Christen, Kirchen und Asyl». Der Bericht resultierte aus einer Reihe von Kirchenasylen und Aktionen von meist christlich motivierten Asylbewegten, die in den Vollzug der Asylpolitik intervenierten. Unter dem Vorsitz von Peter Saladin, dem renommierten Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bern, warf

die verantwortliche Arbeitsgruppe des SEK unter anderem die Frage auf, was Rechtsstaatlichkeit sei und ob sie in der Asylpolitik überhaupt zum Tragen komme. Bemerkenswert an dem Dokument war, dass bereits im Vorwort die These verworfen wurde, «wonach ein Recht auf Widerstand im demokratischen Rechtsstaat westeuropäischer oder nordamerikanischer Prägung prinzipiell ausgeschlossen» sei. Damit nahm der SEK Bezug auf FDP-Justizministerin Elisabeth Kopp, die sich zuvor mit Blick auf oppositionellen Aktionen der Asylbewegung in einer Nationalratsdebatte auf den Standpunkt gestellt hatte: «Widerstandsrecht in einem Unrechtsstaat, ja, aber Widerstandsrecht in einem liberalen Rechtsstaat, nein. Dieser Widerspruch wäre zutiefst demokratiefeindlich und damit auch freiheitsfeindlich.»

Rechtsstaatsverletzungen

Radikaler als die Denkschrift des SEK ging Willy Spieler mit dem Gesetz-ist-Gesetz-Standpunkt von Bundesrätin Kopp und vielen anderen Bürgerlichen ins Gericht. In einem seiner *Zeichen der Zeit* (*Neue Wege* 7/8) bemerkte er 1986, es sei nicht ohne Ironie, dass es gerade die Asylpraxis sei, in der sich Rechtsstaatsverletzungen durch den Staat häuften. Spieler nannte mehrere Punkte, um die rechtsstaatlichen Missstände in der Schweizer Asylpraxis zu illustrieren. Drei davon sind: Schnellverfahren, um Gesuche als «offensichtlich unbegründet» ohne eingehende Prüfung abzuhandeln; die «Aktion Schwarzer Herbst», bei der 1985 knapp sechzig Flüchtlinge mit rabiater Methode und in Missachtung des völkerrechtlichen Refoulementverbots nach dem damaligen Zaïre, der heutigen Demokratischen Volksrepublik Kongo, ausgeschafft wurden; sowie die Weigerung des Kantons Freiburg überhaupt noch Asylgesuche zu registrieren.

1990 widmete Spieler erneut ein *Zeichen der Zeit* (*Neue Wege* 6/1990) der

SCORPIO
Das Auto des Jahres



Th. Willy AG Auto-Zentrum
Zürcherstrasse 100
8000 Zürich

Kannernuldfest Lockhaus
Kannernuldfest Lockhaus
Kannernuldfest Lockhaus

Potenzstrungen / Schnellparallektion
Potenzstrungen / Schnellparallektion

Dienstleistungen
Dienstleistungen

Alle Steuererklärungen
Alle Steuererklärungen

Ständige Umzüge mit Telefonmarketing!
Ständige Umzüge mit Telefonmarketing!

Wir waschen und bügeln
Wir waschen und bügeln

Wäscherei Frei AG
Wäscherei Frei AG

Asylanten: Kirche gegen Staat?

Gesetz ist Gesetz. Das gilt auch für das Asylgesetz und die Kirche, die keine Sonderrechte für sich beanspruchen kann. Das in den letzten Monaten verschiedenenorts praktizierte Kirchenasyl verstösst gegen die Prinzipien unseres Rechtsstaats und darf sich nicht wiederholen!

Bestehende Ordnung respektieren!
Bestehende Ordnung respektieren!

Dieser Auffassung ist nicht nur die Aktion Freiheit und Verantwortung, sondern auch unsere oberste juristische Bundesinstanz Elisabeth Kopp. Das Asylrecht muss, wenn es gleichschon ein willkürliches Verfahren. Dazu gehört auch die politische Ausweisung von Asylbewerbern. Auch die Familien, die sich in ihrer Eigenschaft als Flüchtlinge gemacht haben, müssen nach Verhängung ihrer Strafen zurückgeschafft werden.

Mit der in der Bundesverfassung garantierten politischen Gleichberechtigung und der geschlechtlichen Gleichberechtigung ist die Gleichberechtigung der Geschlechter ein zentraler Bestandteil der Demokratie. Daraus darf man ersehen, dass die Kirche die Rechte und Pflichten des Staates respektieren muss.

Bewährte Grundsätze der Schweiz
Bewährte Grundsätze der Schweiz

Gegen die Einnischung der Kirche in die Politik

Ausgrund des schweizerischen Verhältnisses von Freiheit, Unabhängigkeit und Säkularität werden auch in Zukunft Ausländer in der Schweiz Aufnahme finden. Die Schweiz muss es sich leisten, dass sie in ihrem Heimatstaat Gleichberechtigung mit anderen Ländern einhält. Die Schweiz muss eine harte und konsequente Haltung gegen gescheiterte Einwanderer einnehmen, die sich missbräuchlich in unserem Land aufhalten. Der konsequente Vollzug der

Immer mehr Leute sind empört darüber, dass sie über die Kirchensteuer politische Aktivitäten kirchlicher Stellen gegen ihre Überzeugung unterstützen müssen. Während einige noch zögern, ziehen andere bereits die Konsequenzen: sie kehren der Kirche den Rücken.



KIRCHEN-LUSIG: SCHUTZ 24 = RECHT NIBEN

Der erschreckend grosse ZAM von Kirchensteuerern ist nicht nur vor unsichtbarem Hintergrund. Das Verhältnis zwischen grossen Kirchenvereinen und einem grossen Teil des Volkes ist gestört. Einmal wieder sind jedoch nicht wahrhaben im Gegenteil: Vertreter der Kirchen sind über die eigenen Hilfsworte verfallen. Ihre Aufgabe ist es, den Menschen zu helfen.

Nur 39 Prozent meinen, die Kirche müsse sich mit ähnlichen politischen Fragen auseinandersetzen, sonst verurteilten sie dies.

Keine weiteren illegalen Aktionen

Das geht zu weit
Das geht zu weit

Kein Recht auf Widerstand

Die Kirche nimmt nicht mehr an den grundlegenden Fragen des Lebens teil. Sie verliert politische Relevanz, als ob die zentralen Politiker kein christliches Verantwortungsbewusstsein besitzen. Immer zahlreicher werden diejenigen, die glauben, der Aufgabe der Kirche sei die Durchföhrung konkreter politischer Aktionen. Befürworter dafür sind aber dem Kirchenamt die Abnahme von Gottesdiensten bei

Frage des Widerstandsrechts. Das Fazit dieses Texts zeigt, dass die Gretchenfrage der Rechtsstaatlichkeit nicht an sich verkehrt ist, sondern historisch verdreht worden ist: «Richtete sich das Gebot der Rechtsstaatlichkeit ursprünglich an den Staat und seine Organe, um den Bürger und die Bürgerin vor obrigkeitlicher Willkür zu schützen, so wird es heute den Rechtsuntertan auferlegt, um den Staat vor ihnen zu schützen. [...] Statt die Macht der Mächtigen zu kontrollieren und zu beschränken, wird so der Rechtsstaat zum Herrschaftsinstrument, mit dem die Mächtigen auf die Ohnmächtigen einschlagen.» Die eingangs zitierte Karikatur der «Aktion Freiheit und Verantwortung» ist, so gesehen, ein Stück Verdrehungsarbeit. ●

Literaturhinweise

- Anni Lanz, Manfred Züfle: *Die Fremdmacher. Widerstand gegen die schweizerische Asyl- und Migrationspolitik. Zum Jubiläum von Solidarité sans frontières.* Zürich 2006.
- Claude Braun, Michael Rössler: *Ein unbecuemes Leben.* Cornelius Koch, *Flüchtlingskaplan.* Oberhofen am Thunersee 2011.
- Freiplatzaktion Zürich (Hrsg.): *Die Welt ist unser Boot. 30 Jahre Freiplatzaktion Zürich. Zur Geschichte der Asylbewegung und der schweizerischen Migrationspolitik, 1985-2015.* Zürich 2015.

Jonathan Pärli, *1987, studierte Geschichte und Öffentliches Recht an der Universität Zürich und an der Humboldt-Universität zu Berlin. Derzeit arbeitet er an einer Dissertation zur Geschichte der Asylbewegung in der Schweiz.

jpaerli@gmx.net/
@jpaerli (Twitter)